

Michalski, Wolfgang

Article — Digitized Version

Zukunftsaspekte des internationalen Handels

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Michalski, Wolfgang (1968) : Zukunftsaspekte des internationalen Handels, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 10, pp. 564-570

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133895>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zukunftsaspekte des internationalen Handels

Dr. Wolfgang Michalski, Hamburg

Nie zuvor hat das Thema „Zukunft“ in Fernsehen, Rundfunk und Presse einen breiteren Raum eingenommen. Die Beschäftigung mit der Zukunft bedeutet heute nicht mehr Schwärmerei und Phantasie. „Vorauswissen ist Macht“ sollte es heißen in der Erkenntnis, daß heute die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt werden müssen. Von den Verantwortlichen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft erwartet die Öffentlichkeit Initiativen, Programme und Reformen, die den Erfordernissen unseres technischen Zeitalters gerecht werden und die Gefahr beseitigen, den Zug in die Zukunft zu verpassen. Mit den Grundfragen der Zukunft beschäftigt sich neben anderen Gruppen die Ende 1967 gegründete „Gesellschaft für Zukunftsfragen e.V.“. Namhafte Wissenschaftler und Persönlichkeiten aus Industrie, Publizistik und Verwaltung haben sich hier die Aufgabe gestellt, Staat, Wissenschaft und Wirtschaft von der Notwendigkeit der Zukunftsforschung durch Information zu überzeugen und auch selbst zur Formulierung von Entscheidungshilfen beizutragen. Der Autor des folgenden Artikels*) ist Mitglied des Aktionskomitees der Gesellschaft für Zukunftsfragen.

Sowohl durch seine hohe durchschnittliche Steigerungsrate als auch dadurch, daß er in allen zu beobachtenden Rezessionsphasen ausgesprochen stabilisierend wirkte, hat der Export für das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik eine hervorragende Rolle gespielt. Noch deutlicher wird die wachstumsstrategische Relevanz des Exports, wenn man sich gleichzeitig seine Wirkungen auf die Erhöhung des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials vergegenwärtigt. Da die deutschen Exporte zum überwiegenden Teil aus Investitionsgütern bestehen, hat die überdurchschnittliche Steigerung der Ausfuhr zu einer Erhöhung des Anteils der Investitionsgüternachfrage an der effektiven monetären Gesamtnachfrage geführt. Damit dürfte der Export in hohem Maße Ursache für die positiven Produktivitätseffekte infolge des Wandels der Produktions- und Beschäftigtenstruktur in Westdeutschland sein. Außerdem handelt es sich bei den wichtigsten deutschen Exportindustrien, wie Maschinenbau, Fahrzeugbau, chemische Industrie, elektrotechnische Industrie sowie Eisen- und Stahlindustrie, vornehmlich um Industriezweige, bei denen der deutsche Inlandsmarkt allein die Produktion bei der heute optimalen Betriebsgröße kaum noch zuläßt. Dem Export muß daher ebenfalls ein Teil jener gesamt-

wirtschaftlichen Produktivitätsfortschritte zugerechnet werden, die erst bei der Herstellung von Großserien zum Tragen kommen.

GRUNDTENDENZEN IM WELTHANDEL

Da sich der Spielraum für ein extensives Wachstum der deutschen Wirtschaft im Laufe der Jahre immer mehr verringert hat, wird es in Zukunft noch mehr als bisher darauf ankommen, das wirtschaftliche Wachstum außer durch vermehrte Anstrengungen zur Entwicklung fortschrittlicher Produktionsverfahren durch eine weitere Veränderung der Produktions- und Beschäftigtenstruktur zu sichern. Geht man davon aus, daß sich in den besonders exportintensiven Industrien im Rahmen der deutschen Wirtschaft bei anhaltend starker Weltnachfrage aller Wahrscheinlichkeit nach auch weiterhin überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen realisieren lassen, so hängt das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik in hohem Maße von der zukünftigen weltwirtschaftlichen Entwicklung ab.

Die Vielfalt der Determinanten, die auf den Welthandel einwirken, macht es indessen schwierig, quantitative Prognosen zu stellen, ohne daß zu Recht der Vorwurf einer unseriösen Spekulation erhoben werden könnte. Soweit es um die Vorausschau geht,

*) Gekürzte Fassung des Beitrags „Zukunftsfragen des internationalen Handels“ in: Zukunft im Zeitraffer, hrsg. von Ernst Schmalck, Düsseldorf 1968.

müssen sich die folgenden Überlegungen im wesentlichen auf das Aufzeigen mutmaßlicher Tendenzen beschränken. Die Möglichkeit hierzu ergibt sich daraus, daß zukünftige Prozesse immer in irgendeiner Hinsicht die Fortsetzung von Entwicklungen in der Vergangenheit darstellen.

Vergegenwärtigt man sich darum die Entwicklung des Welthandels zwischen 1953 und 1966, sind vor allem die folgenden vier Tendenzen hervorzuheben:

- Der Welthandel steigt schneller als die Weltproduktion.
- Der Anteil der Industriegüter, insbesondere der Investitionsgüter, am Welthandel wird fortwährend größer.
- Der Export der Industriestaaten (auch der Ostblockländer) nimmt schneller zu als jener der Entwicklungsländer.
- Die höchste Wachstumsrate hat der Intra-Industrielländerhandel zu verzeichnen.

Interessiert man sich für die Entwicklungsrichtung des internationalen Handels in der Zukunft, gilt es als erstes zu klären, ob, in welcher Weise und mit welcher Intensität die Bestimmungsfaktoren der Vergangenheit fortwirken. Darüber hinaus ist die Frage zu stellen, ob neben den alten Determinanten möglicherweise auch noch neue zu beachten sein werden.

VORAUSSETZUNG: EVOLUTORISCHE ENTWICKLUNG

Entscheidend für jede Vorausschau ist die Unterscheidung zwischen einmaligen oder kurzfristig wirksamen Einflüssen einerseits und den säkularen Kräften andererseits. Betrachtet man die Determinanten der Entwicklung des Welthandels zwischen 1953 und 1966, so zählt zu den einmaligen Phänomenen der Wiederaufbau der kriegszerstörten Länder Westeuropas und Japans. Alle Impulse, die das Wachstum des Welthandels von dieser Seite her erfahren hat, sind für die Zukunft ohne Belang. Das gleiche gilt für eine Vielzahl kurzfristiger Einflüsse. Als Beispiele seien erwähnt die „innereuropäische Konjunkturschaukel“ und die vorübergehenden Zollerhöhungen in Großbritannien. Auch diese Faktoren, ebenso wie die verschiedenen Wechselkursänderungen gegenüber dem Dollar, müssen im folgenden vernachlässigt werden — nicht, weil sie nicht wirksam sein werden, sondern weil sie zu schwer vorhersehbar sind.

Das langfristige Wachstum der Weltproduktion, die mutmaßliche Entwicklung im technologischen Bereich, die Fortführung der Integrationspolitik, die Möglichkeit einer weiteren Liberalisierung des Welthandels sowie die Probleme der Entwicklungsländer und der internationalen Währungsordnung sind jene Aspekte, die vorausschauenden Überlegungen in höherem Maße zugänglich sind. Unter der Voraussetzung, daß sich die Entwicklung weiterhin in evolutorischer und nicht

in revolutionärer Form vollzieht, liegen hier die Determinanten für die Entwicklung des Welthandels in der Zukunft.

DAS WACHSTUM DER WELTPRODUKTION

Das reale Wachstum der Weltproduktion betrug zwischen 1953 und 1966 durchschnittlich 5,4 % pro Jahr. Diese hohe Zuwachsrate war in den fünfziger Jahren in erster Linie durch das bemerkenswerte wirtschaftliche Wachstum in Westeuropa und Japan und nach 1960 vor allem durch die Prosperität in den Vereinigten Staaten bestimmt. Da das Schwergewicht der Weltproduktion nach wie vor in den westlichen Industrieländern liegt, hängt auch die künftige Zunahme der Weltproduktion besonders vom Wirtschaftswachstum in Westeuropa, in den Vereinigten Staaten und Japan ab.

Was Westeuropa anbetrifft, so dürfte das in den meisten Ländern seit etwa 1960 zu beobachtende, gegenüber den fünfziger Jahren verlangsamte Wachstumstempo auch für die Zukunft anzunehmen sein. Der Grund hierfür liegt im Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstumsprozeß. Insbesondere Arbeitskräfte stehen nicht mehr im gleichen Maße zur Verfügung wie noch in den fünfziger Jahren. Mehr und mehr wird daher das wirtschaftliche Wachstum von der Investitionstätigkeit und hier besonders von der Einführung technischer Fortschritte und vom Strukturwandel determiniert. Sieht man einmal von Italien ab, das im Süden des Landes immer noch über beachtliche Reserven verfügt, dürfte die langfristig realisierbare Wachstumsrate für die meisten anderen westeuropäischen Industrieländer aller Wahrscheinlichkeit nach kaum mehr als 4,5 % pro Jahr betragen. Auch im Hinblick auf die Vereinigten Staaten ist nicht mit einer weiteren Beschleunigung des Wachstums zu rechnen. Selbst bei erfolgreicher Stabilisierungspolitik und gleichzeitiger Lösung des zur Zeit anstehenden Zahlungsbilanzproblems dürfte die zu erwartende wirtschaftliche Wachstumsrate einen Wert von 5 % pro Jahr kaum übersteigen. Da die wirtschaftliche Entwicklung auch in Japan in den nächsten Jahren kaum schneller sein kann als zwischen 1953 und 1966, dürften folglich die Impulse, die in Zukunft vom Wirtschaftswachstum in den westlichen Industrieländern auf die Steigerung der Weltproduktion ausgehen, schwächer sein als in der Vergangenheit.

Geht man davon aus, daß der Anteil der westlichen Industrieländer an der Weltproduktion in den nächsten Jahren nicht unerwartet stark zurückgeht, dann erscheint es wahrscheinlich, daß die durchschnittliche Zunahme der Weltproduktion in der nächsten Zukunft die entsprechende Rate der Nachkriegszeit nicht erreicht. Unterstellt man zwischen Weltproduktion und Welthandel einen relativ starren Zusammenhang, so müßte folglich die Zuwachsrate des Welthandels eben-

falls zurückgehen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen somit jene übrigen Determinanten des Welthandels, die eine derartige Beziehung zwischen Weltproduktion und Welthandel in Frage stellen können.

ENTWICKLUNGEN IM TECHNOLOGISCHEN BEREICH

Von der technologischen Seite her wird sich der Prozeß der Substitution der von den Entwicklungsländern produzierten Naturrohstoffe durch synthetische Rohstoffe mit hoher Wahrscheinlichkeit beschleunigt fortsetzen. Das gleiche gilt für das Bestreben, den Ausnutzungsgrad der Naturrohstoffe zu verbessern. Beides wird die Tendenz einer vergleichsweise langsam ansteigenden Weltnachfrage nach Naturrohstoffen zumindest im bisherigen Ausmaß bestehen lassen, wenn nicht sogar noch weiter verstärken.

Massenproduktionsvorteile bei der Herstellung von Konsum- und Investitionsgütern werden dagegen auf den Welthandel auch künftig stimulierend wirken. Das gleiche gilt für die Entwicklung neuartiger industrieller Produkte, wobei die Bereiche der Elektronik, der Nachrichtenübermittlung, der Atomtechnik, der Produktion und Verwendung von Kunststoffen und synthetischen Fasern sowie möglicherweise die Herstellung von Pharmazeutika im Vordergrund stehen werden. In erster Linie dürfte die in diesem Zusammenhang erwartete Zunahme des internationalen Handels indessen die Folge der fortschreitenden Spezialisierung in der Investitionsgüterproduktion sein.

Darüber hinaus wird die Ausweitung des Welthandels durch die Weiterentwicklung im Transportsektor entscheidende Impulse erfahren. Sinkende Frachtkosten und die Erhöhung der Transportgeschwindigkeit verringern ökonomische Entfernungen. Die Entwicklung neuer Transportsysteme beispielsweise in Form von Rohrleitungen sowie der Trend zu gigantischen Schiffseinheiten für den Massenguttransport scheinen auch heute immer noch nicht an eine technologisch bedingte Grenze zu stoßen. Die Revolution im Stückguttransport steht in den nächsten Jahren bevor. Der Luftfrachtverkehr zu Tarifen, die kaum höher sein werden als heute die Seeverkehrsraten, wird die Produktionszentren der Welt — ökonomisch gesehen — zusammenrücken lassen und den internationalen Handel, insbesondere mit Industriegütern, weiter intensivieren.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE EINFLUSSFAKTOREN

Neben den technologischen müssen auch die wirtschaftspolitischen Einflußfaktoren bezüglich der Entwicklung des Welthandels betrachtet werden. Geht man davon aus, daß das Wachstum des internationalen Handels einen erhöhten Bedarf an internationaler Liquidität mit sich bringt, stellt die nunmehr beschlossene Einrichtung der Sonderziehungsrechte eine unabdingbare Voraussetzung für die zukünftige Funktionsfähigkeit der internationalen Währungsordnung dar. Das internationale Währungssystem ist flexibler und zugleich rationaler geworden. Beides kann der Entwicklung des Welthandels nur förderlich sein.

Wenn Integrationsbestrebungen nicht ausgesprochen protektionistische Züge tragen, können auch diese nicht nur zu Umlenkungen im internationalen Handel, sondern ebenso zu seiner Intensivierung führen. Integrationsvorhaben, von denen ein derartiger Effekt in der Zukunft erwartet werden könnte, bestehen in der geplanten Annäherung zwischen der EWG und Großbritannien zusammen mit weiteren EFTA-Partnern sowie in der möglichen Bildung eines pazifischen Präferenzraumes. Ob eine weitere wirtschaftliche Integration tatsächlich zu einer Ausweitung des Welthandels führt, hängt jedoch entscheidend von der künftigen Richtung der allgemeinen Handelspolitik ab.

Eine Fortsetzung der bisherigen Liberalisierungspolitik würde von der Realisierung der Beschlüsse der Kennedy-Runde zu erwarten sein. Zwar konnte auch in dieser sechsten Zollsenkungsrunde seit 1947 der starre Protektionismus auf dem Agrarsektor, bei Rohstoffen und mineralischen Brennstoffen noch immer nicht überwunden werden. Doch dürften die durchschnittlich 35 %igen Zollsenkungen für Industriegüter, die vereinbarungsgemäß in den fünf Jahren von 1968 bis 1972 durchgeführt werden sollen, zumindest für diesen Bereich als ein starker expansiver Impuls wirken.



Gefährdet ist die Verwirklichung der geplanten Zollsensenkungen allerdings durch die wahrscheinlich zunächst fortdauernde schlechte Zahlungsbilanzsituation der Vereinigten Staaten und den damit gleichzeitig auftretenden Forderungen nach Protektionsmaßnahmen seitens der amerikanischen Industrie. Geht man davon aus, daß es den Vereinigten Staaten nicht möglich ist, ihre Zahlungsbilanzprobleme allein zu lösen, so müssen vor allem die westeuropäischen Industrieländer hier — nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse — nachhaltige Unterstützung gewähren. Der Vorschlag des asymmetrischen Zollabbaus, der darauf hinausläuft, daß die EWG-Länder ihre Zollsensenkungen zeitlich vorverlegen, ist ein hoffnungsvoller Schritt auf dem Weg der notwendigen internationalen Solidarität. Nachdem zunächst die währungspolitischen Voraussetzungen für eine Ausweitung des internationalen Handels geschaffen worden sind, kommt es nunmehr darauf an, die Gefahr eines weltweiten Protektionismus auch auf dem Industriegütersektor zu bannen.

ZUKUNFTSASPEKTE

Vorausgesetzt, daß es gelingt, den Rückfall in den Protektionismus zu verhindern, ergeben die bisherigen Überlegungen für die Zukunft das folgende Bild:

□ Der Welthandel dürfte auch künftig schneller steigen als die Weltproduktion. Selbst wenn die Zunahme der Weltproduktion in den kommenden Jahren im Vergleich zur bisherigen Entwicklung etwas geringer sein sollte, bedeutet dies angesichts der starken Impulse sowohl aus dem technologischen Bereich als auch von der wirtschaftspolitischen Seite her nicht notwendig, daß die Zuwachsrate des Welthandels ebenfalls zurückgeht.

□ Auch in Zukunft wird der Anteil der Industriegüter am Welthandel weiter ansteigen. Die Weltnachfrage nach Investitionsgütern dürfte im Zuge eines industriebestimmten weltwirtschaftlichen Wachstumsprozesses weiterhin schneller zunehmen als die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Durch die dargestellten technologischen Entwicklungsaussichten wird diese Tendenz aller Wahrscheinlichkeit nach sogar verstärkt. Darüber hinaus gilt es zu beachten, daß sich die geplanten Liberalisierungsmaßnahmen im Rahmen der Kennedy-Runde fast ausschließlich auf Industriegüter beziehen.

□ Der Export der Entwicklungsländer wird auch künftig langsamer steigen als jener der Industrieländer. Die Ursachen hierfür liegen einerseits darin, daß die Entwicklungsländer in der voraussehbaren Zukunft ihre komparativen Kostenvorteile mit Sicherheit nicht in der Investitionsgüterproduktion finden werden. Zum anderen trägt ebenfalls der von den Industrieländern gepflegte Protektionismus im Agrarbereich, bei bestimmten Rohstoffen und selbst bei manchen Fertigwaren, wie Textilien, die auch in den Entwicklungsländern bereits in weltmarktmäßigem Standard

erzeugt werden können, zum Zurückbleiben der Entwicklungsländer bei.

□ Die höchste Wachstumsrate wird auch in Zukunft der Intra-Industrieländer-Handel aufweisen. Dies ergibt sich einmal aus der fortschreitenden Arbeitsteilung, insbesondere bei der Investitionsgüterproduktion. Andererseits folgt dies aus den weiterhin recht günstigen Wachstumsaussichten der Industrieländer, was nicht nur den Austausch von Investitionsgütern fördert, sondern zugleich auch bei der Nachfrage der privaten Haushalte in immer stärkerem Maße ausländische Konsumgüter in den Bekehrkreis treten läßt.

DIE HERAUSFORDERUNG DER ZUKUNFT

Angesichts der Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft ihre komparativen Kostenvorteile in erster Linie in der Investitionsgüterproduktion gefunden hat, spricht vieles dafür, daß die weltwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik auch künftig große Chancen für ein exportinduziertes wirtschaftliches Wachstum bietet. Entscheidend ist indessen, daß diese günstigen Zukunftsaussichten mit hoher Wahrscheinlichkeit nur dann Realität werden, wenn es — abgesehen von einer erfolgreichen Konjunktur- und Beschäftigungspolitik — gelingt, die folgenden Bedingungen zu schaffen.

Zunächst kommt es darauf an, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu erhalten. Ohne gesteigerte Anstrengungen im Bereich der Forschung und Entwicklung sowie ohne eine auf die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft ausgerichtete Konzeption in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik dürfte dies kaum möglich sein.

Ebenso gilt es, den bei den gegebenen währungspolitischen Bedingungen bestehenden Konflikt zwischen wirtschaftlichem Wachstum bei steigenden Exporten und Ausgleich der Zahlungsbilanz zu lösen. Will man das System der fixierten Wechselkurse beibehalten und zugleich auf exportinduziertes Wachstum nicht verzichten, so läßt sich diese Antinomie nur dadurch lösen, daß durch erhöhte Importe und steigende Kapitalexporte zusätzliche Möglichkeiten zum Ausgleich der Zahlungsbilanz geschaffen werden. Eine intensivere Förderung deutscher Auslandsinvestitionen ist darum ebenso notwendig wie die Absage an eine allzu konservierende Strukturpolitik, die nicht nur den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt, sondern ebenfalls auch das stärkere Ansteigen der Importe hemmt.

Sodann muß der Rückfall in den Protektionismus verhindert werden. Die Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten bei der Lösung ihrer Zahlungsbilanzprobleme, damit sie sich dem Interessentendruck nicht schließlich doch noch beugen muß, verlangt von den übrigen Industrieländern und ganz besonders von der Bundesrepublik internationale Solidarität im eigenen Interesse.

Endlich muß gesichert werden, daß die weltwirtschaftliche Entwicklung Evolution bleibt und nicht zur Revolution führt. Alles deutet darauf hin, daß sich das Wohlstandsgefälle zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern bei dem bisherigen Niveau der Entwicklungshilfe weiter vergrößern wird. Gigantischer, koordinierter Anstrengung aller Industrieländer (in West und Ost) bedarf es, eine Entwicklung aufzuhalten, an deren Ende ein unüberbrückbarer, möglicherweise zerstörerischer Nord-Süd-Konflikt

droht. Den Entwicklungsländern ist klarzumachen, daß das wirtschaftliche Wachstum der Industrieländer die Vorbedingung für eine effiziente Entwicklungshilfe ist. In den Industrieländern gilt es zu begreifen, daß ein evolutiver weltwirtschaftlicher Wachstumsprozeß langfristig nur dann zu verwirklichen sein wird, wenn die Entwicklungsländer von der allgemeinen Wohlstandssteigerung auf die Dauer nicht ausgeschlossen werden. Auch in der Bundesrepublik muß dies als Herausforderung der Zukunft deutlich erkannt werden.

Zwanzig Jahre Kreditanstalt für Wiederaufbau

Gerhard Schildmann, Hamburg

Am 5. November 1968 jährt sich zum 20. Male der Gründungstag einer Spezialbank, die am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sowie an ihrer weiteren Expansion erheblichen Anteil hat: der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Kreditanstalt (KfW) wurde am 5. November 1948 als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Frankfurt (Main) gegründet. An ihrem Grundkapital in Höhe von 1 Mrd. DM sind der Bund mit 800 Mill. DM und die Länder mit 200 Mill. DM beteiligt. In der Bilanz zum 31. Dezember 1967 wird ein Eigenkapital von 1513,3 Mill. DM ausgewiesen (Bilanzsumme: 18,4 Mrd. DM). Die Spezialbank unterhält keine Zweigniederlassungen. Sie unterliegt auch nicht den Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen vom 25. September 1939, sondern wird vom Bundeswirtschaftsministerium im Auftrage der Bundesregierung beaufsichtigt. Die Aufsicht erstreckt sich auf die Wahrung der Gesetzesvorschriften und der Satzungsbestimmungen.

STAATSEINFLUSS . . . NICHT ZWINGEND

Geschäftsführung und Vermögensverwaltung liegen in den Händen des Vorstands, der vom Verwaltungsrat der Bank bestellt wird. Dieser Rat hat erheblichen Einfluß auf die Geschäftspolitik. Seine 30 Mitglieder bestimmen die Grundsätze der KfW-Politik. Der Ratsvorsitzende und sein Stellvertreter, die „besonders erfahrene“ Persönlichkeiten des Kreditwesens sein müssen, werden von der Bundesregierung bestellt. Der Staat nimmt somit auf die Geschäftspolitik in dreifacher Form Einfluß:

über seine allgemeine Aufsichtspflicht,

durch die Bestellung des Vorsitzenden des Verwaltungsrats und dessen Stellvertreter,

durch die Entsendung von sechs Bundesministern in den Verwaltungsrat.

Überdies kann der Einfluß der Bundesregierung noch durch die Unterstützung der im Verwaltungsrat ebenfalls vertretenen fünf Bundesländer vergrößert werden. Durch diese Beeinflussungsmöglichkeiten wird die Geschäftspolitik der Kreditanstalt im hohen Maße von den jeweiligen politischen und wirtschaftspolitischen Intentionen der Bundesregierung bestimmt. Die KfW ist deshalb oft als verlängerter Arm der Bundesregierung bezeichnet worden. Eine Erhöhung des Regierungseinflusses ist davon zu erwarten, daß der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgrund eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die KfW in den Verwaltungsrat aufgenommen wird. Acht Jahre nach Beauftragung der Bank mit dem Entwicklungsgeschäft erhält das dafür hauptsächlich zuständige Ministerium endlich Sitz und Stimme im wichtigsten Organ der KfW.

Der Einfluß ist jedoch keineswegs zwingend. Es ist durchaus denkbar, daß die KfW-Politik bei unterschiedlicher Einstellung der Verwaltungsratsmitglieder in eine Richtung gedrängt wird, die den Vorstellungen der Bundesregierung nicht entspricht. Hier ist man allerdings weitgehend auf Spekulationen angewiesen. Denn da die Mitglieder des Verwaltungsrats an die Geheimhaltungspflicht gebunden sind, ist über die tatsächliche Form der Willensbildung dieses Organs der Kreditanstalt bisher wenig bekannt.

Der Verwaltungsrat kann jeweils besondere Fachausschüsse bilden, die auch für ihn endgültige Beschlüsse